

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 P oder 20 Groszy

Bezugspreis monatlich 8.00 Gulden, wöchentlich 0.76 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die 3te Seite 0.40 Gulden, Restamezelle 2.00 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 184

Dienstag, den 10. August 1926

17. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 290

Berschärfung in Mexiko.

Eingreifen Amerikas. — Newjork will sich seine Petroleumprofite sichern.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Newjork, daß nach einer Washingtoner Meldung der „New York Sun“ die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ihren schlimmsten Stand erreicht hätten, seit Wilson den General Pershing über die mexikanische Grenze sandte, um den Rebellen Willa gefangen zu nehmen. Wenn Kellogg auf seine einseitige Protestnote hin keine Genugtuung wegen der Nichtverhaftung der Mörder von Amerikanern und keine Entschädigung für das Beschlagnahme amerikanische Eigentum erhalte, sei er entschlossen, für Schritte einzutreten, die zwar keine militärische Aktion bedeuten, aber doch zeigen würden, daß die Vereinigten Staaten den Dingen nicht weiter ihren Lauf lassen würden. „Sun“ bezeichnet die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als kritisch.

lichkeit hat, in ihrer Haltung eine Aenderung eintreten zu lassen. Wie es heißt, ist Brasilien in keiner Art mit dieser Lagung des Studienausschusses in Verbindung.

Erziehung zur Völkerverständigung.

Der in Straßburg tagende französische Lehrertongreß hat u. a. eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die 78 000 der nationalen Gewerkschaft angeschlossenen französischen Lehrer und Lehrerinnen, die davon überzeugt sind, daß die Annäherung der durch den Krieg gegeneinander ausgehetzten Völker ein Erziehungswort bildet, daß schon in den Schulen

beginnen muß, beschließen, mit allen Kräften daran zu arbeiten, um die Jugend der Kenntnis und dem gegenseitigen Verstehen der Völker zuzuführen und dadurch die Organisierung des Friedens zu unterstützen. Sie betonen mit Entschiedenheit, daß ihr Vorgehen auf pädagogischem Gebiet sich von dem Geiste von Locarno, wie er von Briand als Ministerpräsident definiert wurde, leiten lassen wird. Die Entschließung erinnert sodann an die vom Völkerverbund angenommenen Grundsätze, wonach in den Schulbüchern alles zu unterdrücken oder zu mildern ist, was unter der Jugend eines Landes den Keim der Verständigungslosigkeit gegenüber anderen Völkern wecken könnte, und fährt dann fort: Die Lehrer werden sich bemühen, ihren Schülern verständlich zu machen, daß sie nicht nur gegenüber ihrer Familie und gegenüber ihrem Vaterlande, sondern auch gegenüber allen Völkern der Welt Pflichten zu erfüllen haben, und daß zwischen den verschiedenen Völkern eine immer stärker werdende Abhängigkeit besteht, daß die Zivilisation das gemeinsame Werk aller Völker ist einschließlich derjenigen, die im Laufe der Geschichte die schärfsten Gegner waren.

Frankreichs Kriegsschulden an Amerika.

Der offene Brief Clemenceaus ohne Erfolg.

Laut einer Verfügung des Ministeriums des Innern werden alle, im katholischen Kirchenbesitz befindlichen Wertobjekte und aller Kirchengebäude im gesamten Land bis zur Beilegung des Konflikts unter Siegel gelegt, mit einziger Ausnahme der Andachtsstätten selbst. — Die vor kurzem unter dem Verdacht eines Anschlages auf das Leben des Präsidenten Calles festgenommenen Männer und Frauen sind wieder entlassen worden. Wie die Postzeitung erklärt, konnten keine Tatsachen festgestellt werden, die ein Verfahren gegen die Betroffenen gerechtfertigt hätten. — Von erzbischöflicher Seite wurde eine neue Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, man respektiere die mexikanischen Gesetze wie die Verfassung, mit einziger Ausnahme der Punkte, die die tatsächlichen Rechte der Kirche verletzen. Weiterhin wird in der Erklärung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die vorgeschlagenen gesetzlichen Festlegungen der neuen Regierung der kirchlichen Angelegenheiten durch den mexikanischen Kongreß sich in liberalem Geiste vollziehen werde und nicht ein neues Hindernis für eine Beilegung des Konflikts darstellen werde.

Frankreich steht vor dem Zwang, in kürzester Zeit zwei für seine Finanzlage äußerst wichtige Abkommen, das französisch-englische und das französisch-amerikanische Schuldenabkommen, zu ratifizieren. Ob beide Abkommen eine endgültige Regelung der internationalen Verschuldung darstellen, ist zweifelhaft. Einmal fragt es sich, ob die Transferierung der in Betracht kommenden gewaltigen Summen überhaupt möglich ist; andererseits beruhen Frankreichs Zahlungen an England und Amerika auf den deutschen Reparationszahlungen (Dawes-Annullitäten) an Frankreich. Gegenüber England hat auch Frankreich die Klausel durchgesetzt, daß seine Zahlungen nur in dem Maße erfolgen, wie die Transferierung der Dawes-Annullitäten, d. h. die Umwandlung der deutschen Markzahlungen in Devisen, an die Reparationsgläubiger vor sich geht. England hat darin eingewilligt, unter der Voraussetzung, daß Transferierbarkeit an sich kein Grund zu Revisionenverhandlungen in der internationalen Schuldenabmachung sein müssen.

Kammer befinden. Gerade sie, die Mutter des Dawes-Abkommens, hat kein Interesse, durch eine Anerkennung der französischen Schuld an Amerika als Nicht-Handelschuld die nicht wesentliche Voraussetzungen für das Sanierungsverfahren in der Weltwirtschaft zerstören zu lassen. Zweifellos würde auch eine Erleichterung, wie sie der Brief Clemenceaus grundsätzlich forderte, jene Strömung in Frankreich stärken, deren Element die Gewaltpolitik ist und denen die Pläne der Internationalen Handelskammer seit langem ein Dorn im Auge sind.

Nach einer Meldung der Associated Press aus Mexiko konnten die beiden protestantischen Kirchen der Hauptstadt vorgefesselt ohne Störung den üblichen Gottesdienst abhalten. Die katholischen Kirchen wurden, obwohl in ihnen keine Priester mehr amtierten, von einer großen Anzahl Gläubiger besucht, die dort beteten. Im ganzen Land herrscht Ruhe. Die Bevölkerung scheint geduldig die weitere Entwicklung abzuwarten. Die Regierung ließ mitteilen, daß sie die protestantischen Pfarrer auffordern wird, sich in amtliche Listen einzutragen und den Kommunalbehörden eine Aufstellung des gesamten kirchlichen Vermögens zu übergeben. Die Regierung beabsichtigt jedoch, allen Kirchengemeinden die Benutzung dieses Eigentums auch in Zukunft zu gestatten.

Ganz anders ist die Stellung Amerikas. Soweit das Abkommen zwischen Frankreich und Amerika bekannt ist, wird eine prinzipielle Reaktion, wie sie England angestanden hat, abgesehen. Amerika betrachtet die Kriegsschuld als eine reine Handelschuld, die unter allen Umständen abzutragen ist. So lange dieser Grundsat durch die Ratifikation in Paris nicht anerkannt ist, wird Wallstreet und mit ihm die Londoner City die für Frankreich notwendigen Anleihen verweigern.

Aus den aus Washington in Paris vorliegenden Nachrichten geht hervor, daß das Manifest Clemenceaus in den Vereinigten Staaten nicht nur außerordentlich kühl aufgenommen worden hat, sondern daß es ablehnend die Stellung des Kabinetts Poincaré zu dieser Frage bedeutend erschwert hat. Die Möglichkeit einer Ratifizierung der Schuldenabkommen noch vor den Ferien darf nach dieser Seite Clemenceaus als endgültig ausgeschlossen angesehen werden.

Um die Verringerung der Rheinlandbesatzung.

Die Reichsregierung hat bei den interalliierten Regierungen nochmals mit Nachdruck die alte Forderung nach Herabsetzung der Truppenstärke in den besetzten Gebieten wiederholt. Es handelt sich hier um eine Forderung, deren Erfüllung schon im vergangenen Jahre in Locarno zugesagt worden ist, ohne daß das Kontingent der Truppen auf die für das Rheinland in Friedenszeiten entfallende Truppenstärke herabgesetzt worden wäre. Im Frieden betrug die Besatzungszahl im besetzten Gebiet insgesamt 50 000 Mann. Die Zahl der jetzt dort untergebrachten Soldaten erreicht alles in allem die Höhe von 80 000 Mann.

Coolidge hat bereits so gut wie ablehnend geantwortet — und damit dürfte er sich nicht nur in Uebereinstimmung mit dem amerikanischen Volk, sondern auch vor allen Dingen mit der großzügigen Politik der Internationalen Handels-

Der Ministerrat, der sich am Montagmorgen mit der Frage noch einmal befassen sollte, hat das unter diesen Umständen nicht mehr für nötig gehalten. Dagegen ist die Kammerkommission der auswärtigen Angelegenheiten zu einer beratenden Sitzung über die Frage aufgemuntert. Eine kurze Diskussion ließ erkennen, daß angesichts der feindseligen Stimmung beinahe sämtlicher Parteien eine Debatte über die Schuldenfrage im Parlament völlig aussichtslos wäre. Die Kommission wird deshalb ebenso wie die Finanzkommission sich darauf beschränken, eine Unterkommission zu ernennen, die im Laufe der Ferien die Schuldenfrage eingehend prüfen und darüber einen Bericht vorlegen soll. In parlamentarischen Kreisen gibt man der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Manifest Clemenceaus die ministerielle Situation Poincarés nicht nur sehr schwierig gestaltet, sondern darüber hinaus auch das Sanierungsprogramm des Ministerpräsidenten stark kompromittiert hat, indem es Frankreich jede Möglichkeit ausländischer Kredite, ohne die nach Ablehnung der Kapitalsabgabe eine Stabilisierung des Frankens nicht durchgeführt werden kann, nimmt.

Die Entferrnung dieser überzähligen und der Ruhe und Ordnung in Wirklichkeit im Wege stehenden 30 000 Soldaten aus dem besetzten Gebiet ist eine gerechte und selbstverständliche Forderung, die seit langem insbesondere von der Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit verfolgt wird. Ihre Erfüllung muß verbunden sein mit weiteren moralischen und finanziellen Entlastungen des besetzten Gebietes, wie sie in der Heibelberger Entschließung der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck kommen und den alliierten Vertretern in Locarno von dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann an Hand obiger Entschließung zur Kenntnis gebracht worden sind. Der „Matin“ meldet, daß Briand dem deutschen Botschafter bei seiner letzten Vorstellung wegen der Truppenbesätze im Rheinland erklärt hat, die französische Regierung sei bereit, den Wünschen der Reichsregierung entgegenzukommen und die Truppenbesätze unter der Bedingung herabzusetzen, daß Stresemann sich verpflichtet, die Propaganda der sogenannten patriotischen Verbindungen in den Rheinlanden zu verbieten. Der Quai d'Orsay möchte Sicherungen haben, daß die Bevölkerung der Rheinlande nach dem Rückzug der alliierten Truppen keinen Repressalien ausgesetzt sei.

Rußlands Staatsstrife.

Das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion hat beschlossen, den nächsten ordentlichen Rätekongreß um über ein halbes Jahr auf das Frühjahr 1927 zu verschieben. Sowjetamtlich wird dieser aussergewöhnliche Beschluß damit begründet, daß in verschiedenen Staaten der Sowjetunion erst im Jahre 1926 Wahlen stattgefunden hätten und es infolgedessen unumgänglich sei, jetzt wieder neue Wahlen anzuschreiben. Nach der geschriebenen Verfassung der Sowjetunion soll allerdings der Russische Rätekongreß jedes Jahr stattfinden und die Räte selber sollen sich in dem Zustand einer gewissen permanenten Erneuerung befinden. Die Räteversammlung soll nach der Theorie der Bolschewiki die Idealform der unmittelbaren Beteiligung der proletarischen Bevölkerung an den Verwaltungsaufgaben sein. Die „letzte Wachsstra“ soll regieren, das war ungefähr die Begründung, mit der den Räten gegenüber den parlamentarischen Formen der demokratisch regierten Länder des kahlen Westens den Vorzug gegeben wurde. Jetzt geht Sowjetrußland selbst dazu über, Wahlen zu verschließen und damit auch äußerlich anzudeuten, wie sehr die geschriebene Verfassung in diesem Lande ein Blatt Papier ist.

Kreise des Bürgertums und namentlich das Bauerntum, verteidigten die Sowjetrepublik gegen ausländische Interventionen. Seitdem haben sich alle objektiven Verhältnisse gewandelt. Rußland vollzog mit dem Uebergang zur Republik den Bruch mit der revolutionären Vergangenheit. Es wurde

ein Land des kapitalistischen Neuaufbaues.

unter Führung der mit starken bürgerlichen Einflüssen durchsetzten Sowjetbürokratie. Dadurch ändert sich die Funktion der bolschewistischen Partei vollständig. Rykow sagt mit Recht:

„Unsere Partei ist nicht nur die regierende Partei, sondern auch die einzig legale Partei in einem ungeheuren Lande. In den einzelnen Mitgliedern und in den einzelnen Schattierungen der politischen Meinungen, die innerhalb der Partei vertreten werden, muß sich der Kampf auswirken, der außerhalb der Partei geführt wird, müssen die Klasseninteressen der nicht proletarischen Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Der freie Kampf der Fraktionen in unserer Partei würde im Grunde genommen nichts anderes sein als ein Erlaß für den Kampf der politischen Parteien im Lande. Ja, mehr noch. Der Kampf der Fraktionen innerhalb der Partei ist nur der erste Schritt zur Organisierung verschiedener Parteien im Lande und zum bürgerlichen Parlamentarismus. Die von der neuen Opposition verteidigte Lösung „Freiheit der Fraktionen und Gruppen“ ist der Föder, die Lösung, um die sich alle oppositionellen Elemente zusammenschließen.“

Die neuen Besprechungen über die Ratsfrage.

Wie weiter erzählt, ist der genaue Zeitpunkt für den erneuten Zusammenritt des Studienausschusses für die Zusammenfassung des Völkerverbundes unter dem Vorhitz von Viscount Cecil noch nicht festgesetzt. Als die wahrscheinlichsten Daten werden der 24. oder der 28. August angegeben. Seit dem erstmaligen Zusammenritt dieses Studienausschusses im Juni hat zwischen den verschiedenen interessierten Regierungen über die Frage der ständigen und der nichtständigen Seite ein Gedankenaustausch stattgefunden und verschiedene Vorschläge sind gemacht worden. Entsprechend hat die spanische Regierung darum erucht, daß eine weitere Lagung des Studienausschusses stattfindet, damit vor der Jahresstagung der Völkerverbundversammlung alle etwaigen Mißverständnisse geklärt werden können und damit die spanische Regierung sich ein genaues Bild darüber machen könne, wie ihre Position beschaffen ist und ob sie die Mög-

Der Grund dieser Verschiebung des Russischen Rätekongresses liegt tiefer. Er liegt in der tiefen, alles aufwühlenden Partei- und Staatsstrife,

die mit dem Tode Lenins in Rußland begonnen hat, deren Ende noch niemand absehen kann und von der wir augenblicklich eine der interessantesten Phasen beobachten können. In einem sehr offenberzigen Referat des Präsidenten der Zentral-Exekutive, Rykows, des formellen Präsidenten der russischen Republik, vor den Moskauer Parteifunktionären findet sich eine sehr instruktive Darstellung der parteimäßigen Schwierigkeiten, in die die Bolschewiki nach dem Tode Lenins hineingekommen sind. Lenin hielt mit der übertragenden Kraft seiner Persönlichkeit alles zusammen. Seine Diktatur wurde außerdem dadurch erleichtert, daß Sowjetrußland außenpolitisch von allen Seiten angegriffen war und in dem Kampfe um die Selbständigkeit des Landes die Bolschewiki von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurden. Nicht nur die Menschewiki kämpften aktiv in den Reihen der Roten Armee, auch weiße

der Ersatz des Klassenkampfes, der sich im „faulen Westen“ in bürgerlich-demokratischer Parteilichkeit vollzieht. In Stalins Hand liegt dann angeblich die

Danziger Nachrichten

Sozialpolitik und Sanierung.

Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Abbau-Maßnahmen.

In einer Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes sprach der parlamentarische Senator für Soziales, Gen. Reek, über die Sozialpolitik. In einem nahezu zweistündigen Referat ging Redner zunächst auf den geschichtlichen Werdegang der deutschen Sozialpolitik ein.

Mit dem Erstarken der modernen Arbeiterbewegung im Verlauf der letzten Jahrzehnte, konnten die größten sozialpolitischen Erfolge errungen werden, die in keinem anderen Staate der Welt erreicht worden sind.

Redner kam dann ausführlich auf die Erwerbslosenfürsorge zu sprechen, die in der Hauptsache als abänderungsbedürftig bezeichnet wird. Die Erwerbslosenfürsorge, wie sie heute noch in Danzig besteht, ist in ihren Grundzügen 1918 geschaffen worden.

Zum Zwecke der Sanierung der Danziger Finanzwirtschaft bedarf es keinen Abbau der sozialen Fürsorge. In wenigen Wochen sei mit einer wesentlichen Senkung des Arbeitsmarktes zu rechnen.

Dem Vortrag folgte eine ausgedehnte Aussprache. Abg. Karstheffelt forderte eine Regelung der Arbeitsvermittlung als die erste Voraussetzung zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Nach der weiteren Aussprache, in der noch die verschiedensten Momente beleuchtet wurden, gelangte eine Entschließung zur Annahme, in welcher der Allgemeine Gewerkschaftsbund ersucht wird, in Gemeinschaft mit den anderen Danziger Gewerkschaftsbünden eine geschlossene Front zur Verteidigung der Danziger sozialen Fürsorge zu bilden.

Danzig in der Baltischen Geodätischen Kommission.

Am 11. d. M. findet in Stockholm eine Sitzung der Baltischen Geodätischen Kommission statt, an welcher als Vertreter der Freien Stadt Danzig Herr Professor Lührs teilnehmen wird.

Die Geodätische Kommission wurde auf Grund der Bestimmungen der im Jahre 1924 in Helsingfors zwischen Deutschland, Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden für 12 Jahre abgeschlossenen sogenannten Baltischen Geodätischen Konvention, welcher nachträglich auch noch die Freie Stadt Danzig beigetreten ist, eingeführt.

Jeder der beteiligten Staaten entsendet in die Kommission ein stimmberechtigtes Mitglied und eine beliebige Zahl nicht stimmberechtigter Mitglieder. Die geodätische Kommission tritt jährlich einmal zusammen.

Neue Wohnungsbaupläne in Ohra.

Die beiden Sechsfamilienhäuser in der Neuen Welt, die Eigentum der Gemeinde sind, gehen ihrer Fertigstellung entgegen, so daß noch in diesem Jahre 12 Familien gesunde, freundliche Zweizimmerwohnungen zu erträglichen Preisen erhalten.

Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der Gemeindevertretung fordert, daß die neue 14klassige Schule am Sportplatz, die am 1. Oktober bezugsfertig sein dürfte, Simultanschule wird.

Die Steinmaße werden zur Zeit einer Reparatur unterzogen, und zwar werden neue Schlenkersteine eingebaut. Für die Arbeiten forderte die Firma König 4203,60 Gulden.

Gulden. Der Bauausschuß übergab die Fertigstellung der Arbeiten der Firma Falk, Berg & Co., worüber die Firmen, die ein geringeres Preisangebot gemacht haben, natürlich nicht erbaut sind.

Der „Ueberfall“ in Zoppot.

Eine amtliche Darstellung.

Am Mittwoch, gegen 9 Uhr abends, fuhr der Fuhrhalter Valentin Lewandowski aus Zoppot mit seiner Tagendroschke, in der sich vier Fahrgäste befanden, vom Bahnhof zum Beamtenwohnheim.

Der Täter, Schlosser K., war stark angetrunken und in Begleitung von drei weiteren Kameraden, die ebenfalls mehr oder weniger angetrunken waren.

K. konnte unmittelbar nach der Tat in seiner Wohnung gefaßt werden. Er wurde, da er zu weiteren Ausführungen neigte, in das Polizeigefängnis eingeliefert und nach Ausschärfung wieder entlassen.

Nach Abschluß der Ermittlungen handelt es sich im vorliegenden Falle nicht um einen Ueberfall, sondern lediglich um einen groben Unfug. Sämtliche daran beteiligten Personen haben strengste Bestrafung zu erwarten.

Zusammenfluß von Arbeiter-Gesangvereinen.

Schaffung eines großen Sängerkorps.

Der Zerstückelung auf dem Gebiete des Arbeitergesangs soll jetzt erfreulicherweise entgegengearbeitet und damit die Möglichkeit einer gesteigerten Wirksamkeit geschaffen werden. Die Gesangvereine „Sängerkreis“ und „Danziger Volkshor“ haben beschloffen, sich zu einem Verein mit einem Männer- und gemischten Chor zu vereinigen.

Die Mustervorführungen einer Jugendbrigade.

Die Jugend-Musterriege der Turngemeinde Würzburg ist auf einer Ferienwanderfahrt auch in Danzig eingetroffen. Es sind Schüler im Alter von 12 bis 18 Jahren, die die Kosten für ihre ausgedehnte Reise mit den Erträgen aus ihren Darbietungen bestreiten.

Ein falkischer Kriminalbeamter.

Es wird oft als bequemes Mittel angesehen, sich als Kriminalbeamter auszugeben, wenn man von einem andern etwas erreichen will, was sonst nicht bewilligt werden würde. Der Maschinenführer E. W. wollte von einem Arbeiter und dessen Mädchen die Personalakten feststellen.



Eine originelle Straßenreklame.

zeigte das Schuhhaus Leiser anlässlich seines Saison-Ausverkaufs. Der Gedanke „Alles steht Kopf“ ob der billigen Preise fand, wie das Bild zeigt, eine plastische Wiedergabe.

Unser Wetterbericht.

Vorhersage: Weiter, später zunehmende Bewölkung, schwache zunächst noch umlaufende, später süd- bis südöstliche Winde und warm. Frühnebel; folgende Tage bewölkt, fröhliche Niederschläge. Maximum des gestrigen Tages: 22,8; Minimum der letzten Nacht: 13,2 Grad.

Neue Experimente veranstaltet heute abend Lo Kittay im Roten Saale des Kurhauses in Zoppot. Die bisherigen Experimente Lo Kittays fanden bei dem Publikum starkes Interesse, was sich heute abend wiederholen dürfte!

Lieb Vaterland magst ruhig sein.

Ein, zwei, drei gibt es nicht mehr!

Von Ricardo.

Am 24. Juni d. J., abends 9 Uhr, spielten in Ohra, an der Ecke der Wurstmachergasse, Kinder, kleine Prenter zwischen sechs und sieben Jahren, das von ihren germanischen Vorfahren kramm überlieferte Spiel: Soldaten! Der kleine Max hatte eine allgemeine Zeitung ihrer wahren Bestimmung entzogen.

Erste Männer schauten dem Spiel der Kleinen zu. Hier und da rann eine Träne wehmütiger Erinnerung die kabalettschwarze Nase entlang. Ein alter Garderegimenturmurmelte: „Bravol früh bist du, was ein Meister werden will.“

Schon geraume Zeit hatten der Dachdecker Ernst Buchholz und sein Schwager das saumäßige Exerzieren der „deutschen Zukunft“ beobachtet. Geredeter Unwillen über die schlaffe Haltung der Truppe steigt in ihnen auf.

Zum Nachdienst schritt um dieselbe Stunde der Eisenbahner B. und passierte den Truppenübungsplatz: Drei der Rußel Mag sein, daß B. sich über die unmittelbaren Kommandos des Dachdeckers ärgerte, mag sein, daß ihm die geistige Verleumdung der Kinder durch Soldatenspiele, deren Verlogenheit Erwachsene noch unterstützen, zu viel war, kurz und gut, B. rief dem Schwagerpaar zu: „Ein, zwei, drei, gibt es nicht!“

Ernst und sein Schwager waren starr, platt, empört. „Was willst du Meßkopff?“ rief der Dachdecker dem Eisenbahner zu, der jedoch ruhig seinem Dienst zueilte. Der „Truppenkommandeur“ kühlte sich jedoch in seiner neuen Würde gefränt und erteilte seinem Schwager Alfred den Befehl, den inubordinären Menschen zu stellen, er selbst komme nach.

Da ein Kriegsgericht für diese Angelegenheit nicht zuständig ist, kam das edle Schwagerpaar vor das Schöffengericht. Ernst Buchholz, der schon wiederholt wegen Gewalttätigkeiten vorbestraft ist, erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 7 Monate Gefängnis, für das Wort „Meßkopff“ 10 Gulden oder 2 Tage. Der Schwager kam mit 60 Gulden Strafe billig davon.

„Kleine Ursachen haben große Wirkungen“, sagte ein alter Beteler von 70 und 71 im Zuhörererraum und nahm eine ganz gewaltige Prise — Sapschi!

Erhöhung des Eisenbahntarifs. Dem „Przeglad Wiczojny“ zufolge wird der polnische Eisenbahntarif für Personen und Güter in der nächsten Zeit um 5 bis 6 Prozent erhöht werden.

Direktor Schiffsverkehr Danzig-Japan. Die japanischen Schiffsgeellschaften beabsichtigen, einer japanischen Meldung zufolge, ihre bisherigen Seelinien nach Hamburg in diesem Jahre bis Danzig zu verlängern.

Ein kleiner Zimmerbrand entstand gestern abend nach 10 Uhr in der Drehergasse 4. Daß Feuer konnte von der alarmierten Feuerwehr mit dem Handfeuerlöscher gelöscht werden.

Nicht identisch. Wir werden ersucht, darauf hinzuweisen, daß die Autobusgesellschaft Birok und Kresin, Raucantal, mit der gestern im Gerichts-Feuilleton von Ricardo genannten Firma J. & K. nicht identisch ist.

Danziger Standesamt vom 10. August 1926.

Todesfälle: Invalide Ludwig Homann, 77 J. 2 M. — Frau Frieda Häusler geb. Wahn, 33 J. 5 M. — Klempnermeister Heinrich Wlod, 53 J. 5 M. — Handelshochschüler Günter Weinstein, 18 J. 10 M. — Schlosser Walter Otto, 33 J. — Steward Thomas Wilson, 48 J. — Schmied Rudolf Sieb, 58 J. 2 M. — Kaufmann Gustav Welcke, 59 J. 5 M. — Arbeiter Jakob Meeßen, 65 J. 9 M. — Steuerassistent Walter Bukowski, 31 J. 8 M. — Sohn des Arb. Agenten Werischal, 3 J. 2 M.

Kurhaus Zoppot (Roter Saal)

Am Dienstag, dem 10. August d. J., 8 Uhr abends

Neuer Experimental-Abend

23205 Alles fährt nach

mit Japan Lo Kittay

Die köhnste Phantasie wird Wirklichkeit unter dem Einfluß der enormen psychischen Kräfte LO KITTAYS; ein jeder sollte sich die phantastischen Experimente ansehen. Wer will sich das Rauchen abgewöhnen? Volkstümliche Preise von 0,75 bis 5,00 G. Vorverkauf: Haeser, Zigarrengeschäft, Zoppot, Seestraße.

